

Gesuch um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege an die Privatklägerschaft gemäss Artikel 136 StPO

Bitte reichen Sie das Gesuch bei der/dem fallbearbeitenden Staatsanwalt/in beziehungsweise der/dem Untersuchungsbeauftragten ein.

Gemäss Art. 136 StPO besteht die Möglichkeit der Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege an die Privatklägerschaft.

Art. 136 StPO

¹ Die Verfahrensleitung gewährt der Privatklägerschaft für die Durchsetzung ihrer Zivilansprüche ganz oder teilweise die unentgeltliche Rechtspflege, wenn:

- a. die Privatklägerschaft nicht über die erforderlichen Mittel verfügt; und
- b. die Zivilklage nicht aussichtslos erscheint.

² Die unentgeltliche Rechtspflege umfasst:

- a. die Befreiung von Vorschuss- und Sicherheitsleistungen;
- b. die Befreiung von den Verfahrenskosten;
- c. die Bestellung eines Rechtsbeistands, wenn dies zur Wahrung der Rechte der Privatklägerschaft notwendig ist.

1. Gesuchsteller/in	
Name	
Vorname	
Wohnadresse	
Geburtsdatum	
Beruf	
Arbeitgeber (inklusive Adresse)	
Arbeitsverhältnis besteht seit	
Bei Arbeitslosigkeit: Arbeitslos seit	

1. Gesuchsteller/in (Fortsetzung)			
Zivilstand	<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet	<input type="checkbox"/> eingetragene Partnerschaft
	<input type="checkbox"/> getrennt	<input type="checkbox"/> geschieden	<input type="checkbox"/> verwitwet

2. Im gleichen Haushalt wohnhafte Personen (Ehegatte/in, Kinder etc.)			
Name, Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	Beruf / Tätigkeit

3. Monatliches Einkommen in CHF (netto, d.h. nach Abzug der AHV etc.)		
	Gesuchsteller/in	Ehegatte/in bzw. eingetragene Partner/in
Nettolohn	CHF	CHF
Weitere Lohnbestandteile (13. Monatslohn, Gratifikation etc.)	CHF	CHF
Nebenerwerb	CHF	CHF
Vermögensertrag (Wertschriftenertrag, Mieteinnahmen etc.)	CHF	CHF
Ersatzeinkommen (AHV, IV, ALV, Krankentag-geld etc.)	CHF	CHF
Ergänzungsleistungen	CHF	CHF
Unterhaltsbeiträge	CHF	CHF
Prämienverbilligung Krankenkasse	CHF	CHF
Einkommen von im gleichen Haushalt lebenden Kindern	CHF	CHF
Andere Einkünfte	CHF	CHF

4. Monatliche Ausgaben in CHF		
	Gesuchsteller/in	Ehegatte/in bzw. eingetragene Partner/in
Mietzins, Hypothekarzins ohne Amortisation	CHF	CHF
Krankenkasse	CHF	CHF
Hausrat- / Privathaftpflichtversicherung	CHF	CHF
Berufsauslagen (Fahrkosten, auswärtige Verpflegung)	CHF	CHF

4. Monatliche Ausgaben in CHF (Fortsetzung)		
	Gesuchsteller/in	Ehegatte/in bzw. eingetragene Partner/in
Unterhaltsbeiträge	CHF	CHF
Andere Auslagen (Kinderbetreuung, Schulungskosten etc.)	CHF	CHF
Schuldzinsen für Kredite / Leasingraten (ohne Amortisation)	CHF	CHF
Verwendungszweck:		
Steuern	CHF	CHF

5. Vermögenswerte in CHF		
	Gesuchsteller/in	Ehegatte/in bzw. eingetragene Partner/in
Wertschriften (Sparkonti, Obligationen, Aktien etc.)	CHF	CHF
Motorfahrzeuge (Zeitwert)	CHF	CHF
Marke, Typ, Baujahr:		
Lebensversicherung (Rückkaufswert)	CHF	CHF
Versicherungsgesellschaft:		
Liegenschaft (Steuerkatasterwert)	CHF	CHF
Parzellen-Nummer:		
Adresse:		
Anderes Vermögen (unverteilte Erbschaften etc.)	CHF	CHF

6. Schulden in CHF		
	Gesuchsteller/in	Ehegatte/in bzw. eingetragene Partner/in
Schulden (Kreditschulden, Hypothekarschulden etc.)	CHF	CHF
Gläubiger:		
Gesellschaft:		

7. Rechtsschutzversicherung		
Versicherungsgesellschaft:		
Kostengutsprache beantragt?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Kostengutsprache erfolgt?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

8. Weitere Fragen	
Falls Sie Opfer im Sinne des Opferhilfegesetzes (OHG) sind: Übernimmt bereits die Opferhilfe-Beratungsstelle gemäss Art. 14 Abs. 1 OHG die Anwaltskosten?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Haben Sie einen Vorschlag hinsichtlich der Person des unentgeltlichen Rechtsbeistandes? Falls ja, wer?:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

9. Beilagen
a. Bestätigung der Sozialhilfebehörden oder Verfügung über laufende Ergänzungsleistungen.
b. Sofern keine Bestätigung gemäss Buchstabe a. vorliegt: <ul style="list-style-type: none"> • Belege zum Einkommen (Lohnabrechnung, Rentenbescheinigung, Abrechnung ALV etc.) • Belege zu den Ausgaben <ul style="list-style-type: none"> ○ Mietvertrag bzw. Beleg für Hypothekarzinsen ○ Belege für Krankenkassenprämien und übrige Versicherungen • Belege für weitere Ausgaben • Police zur Rechtsschutzversicherung

Hinweise

- Die gesuchstellende Person nimmt zur Kenntnis, dass unvollständige oder falsche Angaben zur Abweisung des Gesuches beziehungsweise zum Widerruf der amtlichen Verteidigung führen können.
- Die gesuchstellende Person erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass die Verfahrensleitung die Angaben überprüfen und ergänzen kann. Ferner ermächtigt die gesuchstellende Person Dritte, gegenüber der Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft Auskünfte über die persönliche und die finanzielle Situation zu erteilen und entbindet diese Drittpersonen soweit nötig von ihrem Berufsgeheimnis.

Wir erklären mit unseren Unterschriften, dass die Angaben vollständig und richtig sind:

Ort und Datum:

Unterschriften:

Gesuchsteller/in

Ehegatte/in / eingetragene Partner/in